

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 5

PDF erstellt am: **23.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Nach der Einnahme von Barcelona.

Der politische Chronist nimmt nur nebenbei von dem furchtbaren Erdbeben in Chile, dem drei ganze Städte und mehr als 10,000 Menschen zum Opfer fielen, Notiz. Ihn interessieren die Gefahren, die der Mensch sich selbst bereitet, statt zu überlegen, die Natur bringe ihm Leiden genug! Darum wird man vor allem registrieren müssen, daß Frankreich in Amerika 6—700 neueste Curtiss-Flugzeuge gekauft hat. Das ist gleichsam das erste Echo auf die Einnahme Barcelonas durch Franco italienisch-spanisch-deutsche Armee.

Im übrigen nimmt das Satyrspiel der Mächte, die um die künftige Gunst Francos werben, seinen Fortgang und hat eben in jüngster Zeit in gravierender Form offenbart, warum die Demokratien so wenig an der Rettung der Republik hängen. Eine Meldung der „Daily Mail“ verrät, was die britischen Politiker hoffen: General Franco habe sich dahin geäußert, er selbst werde die Initiative ergreifen und eine Demarche unternehmen, damit die „Freiwilligen“ Spanien verließen, sobald der Sieg vollendet sei. Barcelona werde zur Hauptstadt erhoben, das Aufbauwert werde beginnen. Es sei zu hoffen, daß England sich am Wiederaufbauwerk beteilige, Maleihen gewähre und wichtige Stoffe liefere, „als Gegenleistung“ für die Entfernung der Italiener und Deutschen notabene! Die Zeitung nennt die Dinge genau beim Namen, behauptet, der Herzog Alba weise in London und habe die Verhandlungen bereits aufgenommen.

Das heißt also, daß nun die Westmächte versuchen werden, bei Herrn Franco die Rechnung für ihr „neutrales Wohlerhalten“ zu präsentieren. Weitere Beweise dafür wird auch Frankreich liefern. Es hat die Grenze gegenüber Katalonien gesperrt, läßt nur Frauen, Kinder und Greise über die Pässe ins Land, weist die Armeegruppen, die übertreten möchten, zurück und treibt sie in Francos Arme. Dazu scheint die Entsendung eines Bevollmächtigten nach Burgos festzustehen. Und die Bearbeitung jener Kreise, die zwar mit Franco, aber nicht mit dem Faschismus marschieren wollen, kann beginnen.

Es bleibt abzuwarten, ob Franco nicht Hitler und Mussolini für die Stärkeren hält oder ob er glaubt, mehr Dank für geleistete Waffenhilfe als für wohlwollende Nichteinmischung schuldig zu sein. In der Politik ist Zynismus wichtiger als Dankbarkeit und die Frage des „Guten“ wird nicht nach dem Katechismus beantwortet. Vielleicht hält Franco für „gut“, seine Verbündeten bald los zu werden, und zwar auch auf Mallorca und in Marokko?

Berlin und Rom scheinen so etwas zu ahnen. Bereits ist darum von einer Berlinerreise Cianos die Rede, auch von einer „Wiermächtelkonferenz“, die festlegen soll, in welcher Weise das neue Spanien „seine Stelle in Europa“ einzunehmen habe, und welche Garantien geboten seien, um eine Wiedererhebung des „Kommunismus“ oder einer Volksfrontregierung zu verhindern. Das heißt, es wird schon jetzt nach der Formel gesucht, die eine Dauerbesetzung wichtiger spanischer Punkte durch fremde Truppen ermöglichen würde. Woraus man schließen kann, was man schon lange wußte: Daß die Verbündeten Francos nicht freiwillig das Land verlassen werden!

Dabei sind wir noch lange nicht so weit, daß Franco sie entbehren könnte. Die Katalanen haben auf einer Linie, die 30 km nördlich Barcelona beginnt und über Granollers westlich von Vich in die Pyrenäen hinauf verläuft, eine neue Stellung bezogen. Ministerpräsident Negri spricht von Material, das in letzter Stunde eingetroffen sei, und das bei richtiger Verwendung erlauben werde, den Feind zurückzuschlagen.

Es sind geheimnisvolle Worte: „Auch bei Madrid traf dieses notwendige Material erst in letzter Stunde ein“. Er behauptet also, es wären Zufuhren, und zwar zur See, „trotz der Seeblockade“, erfolgt, und spricht auch von Truppen, die von Mittelspanien her eingetroffen seien. Man kann einen solchen Transport als strategisch sinnlos anzweifeln . . . jedenfalls wird der kommende Monat erweisen, ob für die Katalanen weiterer Widerstand möglich sei oder ob der Feind die Kapitulation erzwingt.

„Revolution des Nihilismus.“

Im „Europa-Berlag“ Zürich New-York erschien vor kurzem in zweiter Auflage das Buch des ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Rauschning, das den genannten Titel trägt und als das wichtigste und wesentlichste Buch über die neueste Entwicklung Deutschlands bezeichnet wurde.

Rauschning wendet sich an bestimmte Kreise, das wird trotz einer unpropagandistischen Haltung deutlich: Er warnt das „Bürgertum“, wenn man diesen Begriff weit genug faßt, das heißt, die Schichten Deutschlands, die überhaupt noch zu erreichen sind, dann aber die westlichen Demokratien. Und zwar gilt seine Darstellung all jenen, die im Begriffe stehen, den gleichen Illusionen zu verfallen, welche das deutsche Bürgertum in die heutige Lage führten. Worin bestehen diese Illusionen? Ganz einfach darin, daß man den Mächten, die mit dem Nazismus heraufbrechen, ahnungslos gegenübersteht. Daß man sie als Kräfte auffaßt, die mit frühern politischen Bewegungen bürgerlicher oder proletarischer Herkunft irgendwie zu vergleichen wären.

Vor allem verhängnisvoll wurde den Deutschen die Ansicht, die marschierenden Kolonnen Hitlers wären „restaurative“ Elemente, konservativ, erhaltend! Darum verbanden sich auch die „Nationalen“ mit den Nazis. Und darum förderte und duldete auch die ehemals konservativ denkende Wehrmacht ihr Hochkommen. Man nahm die „Programme“ nicht ernst, man gedachte Hitler und seine Massen zu benutzen, man war „reaktionär“, nicht konservativ und wollte mit Hitler die Uhr zurückdrehen, bis vor 1848 zurück! Und heute?

Heute sieht man, was Wirklichkeit und Illusion gewesen, und sieht auch, daß es zu spät geworden, um das Verhängnis zu beschwören. Ein wahrhaftiges Verhängnis!

„Bürgerliche“ mit bürgerlichen Illusionen, das waren für Rauschning auch die deutschen Sozialdemokraten. Denn irgendwie besaßen auch sie „Bindungen“, irgendwie glaubten sie an das Legitime. Und an eine „Doktrin“, an verpflichtende Programme. Kann man es einem Menschen, der noch „Bindungen“ besitzt, der an „legitimes Recht“, an die richtige, zusammenhängende Entwicklung, an sittliche Notwendigkeiten glaubt, verständlich machen, was das ist: Die „Bindungslosigkeit“? Das Voraussetzungslose? Das total Unverpflichtete?

Nun, wenn man das kann, dann wird man auch verständlich machen können, was Rauschning meint, wenn er die Bewegung Hitlers die „Revolution des Nihilismus“ nennt. Eine Bewegung, die das Nihil, das Nichts als Ziel hat. Mit andern Worten, keine einzige europäische Institution, keinen staatlichen Bestand, keine religiöse Lehre, kein Aufbauelement der bisherigen Ordnungen, keinen geistigen Wert, keine kulturelle Erscheinung irgendwelcher Art, keine Wissenschaft oder Kunst in ihren Wurzeln verstehen, werten und anerkennen kann. Die Programme verkündet, aushängt, mit neuen Religionen liebäugelt, mit den Ideen der Gerechtigkeit Ball spielt, mit „Treue und Ehre“ schauspielert, mit angeblichen „Werten“, als da sind Volkstum, Blut und Boden, die Massen führt und sammelt, die in Wirklichkeit von dem allem nichts weiß, alles nur braucht. Zu einem bestimmten Zwecke. Und dieser Zweck: Aufrichtung einer Macht, und Behauptung dieser Macht. Behauptung durch Ausdehnung . . .

Für Kaufschning steht es fest, daß der „Dynamismus“ dieser Bewegung, die von der ewigen Aktion lebt, notwendigerweise die Grenzen Deutschlands überschreiten muß. Daß der Krieg die normale Fortsetzung des angetretenen Marsches sein muß. Wer das nicht erkannt hat, wer den Irrtum begeht, an eine „Saturierung“, an eine Domestizierung zu glauben, wer „staatsbildende“ Kräfte mit diesem brausenden Sturm der „reinen Bewegung“ verwechselt, wer „Ideen“ sucht, wonur noch Ur-Instinkte heraufbrechen, der wird mitschuldig an der unweigerlich hereinbrechenden Katastrophe.

Kaufschning, selber einer jener Konservativen, die „mitgingen“, beschwört, das fühlt man aus seinem Werke, die westliche Welt, zu erkennen, was ihr droht. Nicht die „Ideologie“ des Nazitums ist wichtig, sondern die Taktik, sagt er mit dem Italiener Malaparte. Diese Taktik, die ihre Ideologie auch nur als Mittel der Propaganda benutzt, genau wie sie jeden Schwur, jede Unterschrift, jede Versicherung nur als Mittel benutzt, um den mit „Bindungen“ kultureller Art behafteten Gegner in Sicherheit zu wiegen und umso leichter zu verderben. Daß zur Taktik dieser an sich ziellosen Weltrevolution vor allem auch die Erspähung der Punkte geringsten Widerstandes gehört, sollten vor allem wir Schweizer und alle übrigen Neutralen zu Herzen nehmen. Ebenso sollten wir wissen, daß Hitler und seine Elite überzeugt sind, man dürfe dem „Bürgertum“ Europas alles bieten, bis es das Gegenteil beweise!

Die Pressefehde.

Minister Frölicher hat in Berlin die Zusicherung erhalten, daß die deutsche Regierung keine andere Auffassung der schweizerischen Neutralitätspflichten habe als schon bisher. Das bedeutet, daß man offiziell abrückt von jenen Blättern, die uns die neutrale Haltung absprechen wollen, weil wir die Pressefreiheit behalten und nicht auf die Kritik irgendwelcher, auch deutscher Zustände und Taten, verzichten wollen.

Leicht wird es unserm Gesandten nicht fallen, die deutschen amtlichen Kreise von der Richtigkeit und Notwendigkeit unserer Einstellung in diesen Dingen zu überzeugen. Der „totale Staat“, der seine Presse in der Hand hat, ihr diktiert, was sie zu schreiben habe, ihr verbietet, was er will, gerade dieses totale Staat ist es, der nicht mehr neutral bleibt, wenn seine Blätter sich äußern. Ihm darf man vorwerfen, daß er als Staat Partei genommen, wenn eine Zeitung pro oder contra schreibt. Und darum muß jeder gleichgeschaltete Funktionär annehmen, der kritisierende schweizerische Zeitungschreiber verlege die Pflicht, die der Staat auf sich genommen, die Pflicht neutraler Haltung.

Die Pressefreiheit wird abgeleitet vom Recht der persönlichen Glaubens- und Meinungsfreiheit, die auch die Freiheit der Äußerung in sich schließt. Die Ausscheidung der staatlichen und der persönlichen Rechte, eines der großen „kulturellen Kunstwerke“, wird immer aufs neue Problem der Staatsweisheit sein, und niemand wird bestreiten, daß es dabei gilt, für den Staat die „besten Bürger“ und für die Bürger den „besten Staat“ zu erzielen. Aber das werden die Machthaber in Berlin nicht hören wollen. Ihnen gilt es zunächst, uns den Maulkorb anzulegen, und wenn es nicht gelingt, wenigstens den deutschen Lesern die Ohren zu verstopfen.

Dabei haben sie es sehr leicht, uns zu verstehen. Sie brauchen nur zu erklären: Gut so, machen wir es wie ihr Schweizer. Wir haben als Staat nichts gegen das, was eure Presse schreibt . . . umgekehrt geht es uns und euch auch nichts an, was die deutsche Presse über die Schweiz vorträgt. Das wird auch ungefähr der Sinn der frostigen Zusicherung sein, die Minister

Frölicher erhalten hat. Der Krieg wird weitergehen, und die Frage unserer Pressehaltung bleibt offen.

In der öffentlichen Sitzung der Neuen Helvetischen Gesellschaft in Basel, also gewissermaßen in Hörweite der deutschen Propagandastellen, wurde von Professor Karl Weber und den Diskussionsrednern unser Standpunkt mit erschöpfender Deutlichkeit festgelegt. Jedes Zurückweichen bedeutet den Anfang einer Knebelung, und zwar einer einseitigen Knebelung! Denn selbstverständlich würde das gewaltige Reich seiner Presse nicht diktieren, daß die schweizerische Demokratie besser als irgendwelche andere sei. Und da wir diese Demokratie zu verteidigen haben, wäre „Presseschweigen“ schon Verrat.

Abbau der Subventionen und anderes.

Wird wirklich abgebaut? Und wo? Und wieviel? Und ist es richtig, daß abgebaut wird? Erfordert die Zeit nicht vielmehr Erhöhung der eidgenössischen Aufwendungen? Und kehren die abgebauten Subventionen anderswo unter anderem Namen wieder? Der Laie weiß selten genauer, was vorgeht, und einen Ueberblick gewinnt er schon gar nicht. Wie sollte er auch?

Das eidgenössische statistische Amt hat der Presse vor einigen Tagen ein Heft über die „Subventionen und gesetzlichen Anteile“ (der Kantone) übergeben, und die Zeitungen haben in kurzen Auszügen Notiz davon genommen, daß die Eidgenossenschaft im Jahre 36 noch über 300 Millionen an Subventionen ausgeschüttet habe, gegen nur noch 221 Millionen im Jahre 37. Volle 92 Millionen hätte der Bund demnach eingepart. Die gesetzlichen Anteile der Kantone an verschiedenen Bundeseinnahmen wurden dabei nicht verkürzt. Es traf durchwegs die „Beiträge“ für die verschiedensten Branchen der Wirtschaft, und die Betroffenen wissen, daß alle Haare lassen mußten, bis zu den Arbeitslosenkassen und bis zu den Künstlern und Schriftstellern, die nie viel bezogen.

Nur noch 177 Millionen betragen diese „Beiträge“ im Jahre 37. Ein Jahr zuvor noch 261 Millionen. Darunter figurierte ein Posten, der vielen Leuten ein Aergernis sein muß: 50 Millionen als „Abschreibung der Volksbankanteile“. Ohne diese Summe würde man im Jahre 36 211 Millionen bezahlt haben. Die Tendenzen, im nächsten Jahre noch unter die verbliebenen 177 zu geben, besteht, und all jene, die überzeugt sind, daß eine subventionierte Wirtschaft moralisch leide, sich zu sehr auf fremde statt auf eigene Kraft verlasse, werden sich darüber freuen.

Indessen gib es auch andere Leute, die namentlich auf die segensvolle Wirkung bestimmter Aufwendungen des Bundes hinweisen; die Zuwendungen an die Arbeitslosenkassen „ohne Arbeitsbeschaffung“ zum Beispiel, sagen sie, dürfe nicht verglichen werden mit der Wirkung des 30 und 35 Millionen Arbeitsbeschaffungskredites pro 37—38. Wenn im Tiefbau mit 21,5 Millionen Bundesgeldern eine Bau Summe von 118 Millionen Franken in Bewegung gesetzt wurde, im Hochbau mit 29 Millionen sogar 183, volle 300 Millionen also, dann sind das volkswirtschaftlich höchst folgenreiche Ausgaben. Ausgaben, die ungezählte Beutel von Steuerzahlern füllten und damit zu eigentlichen Quellen kantonaler und kommunaler Einnahmen wurden.

Wenn die Richtigkeit dieser Ausgabenpolitik zugestanden wird, dann wird man sich regelrecht auf die Märzsession des Ständerates freuen, soll doch dort endgültig über beinahe 400 Millionen neuer „Wehr- und Arbeitskredite“ abgestimmt und der Boden freigemacht werden für die Volksabstimmung im Mai, welche die Deckungsvorlage gutheißen wird . . . so das Schicksal will.

400 Millionen, die eine wahre Lawine von Geld . . . und Arbeit freimachen werden.